

Genialer Gauner
Die Story von Mark Acklom zeigt, wie leicht man Opfer eines Betrügers wird. 2

Eiskalte «Ma'am»
Die Beschuldigte im Bieler Prozess gegen Menschenhandel zeigt keine Reue. 17

Soziale Aasfresser
In Hyänen-Clans haben die Muttertiere und ihre Jungen das Sagen. 29



Gerry Seoane
Der neue YB-Trainer spricht über blindes Vertrauen und besondere Spieler. 14

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Freitag, 6. Juli 2018 – 169. Jahrgang, Nr. 155 – Fr. 4.20 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Heute im «Bund»

Asylstreit
«Südroute» soll geschlossen werden

Deutschland, Österreich und Ungarn erhöhen im Asylstreit den Druck auf Italien und Griechenland. So lehnt Budapest eine Rücknahme von Flüchtlingen zugunsten von Griechenland ab – und Wien und Berlin wollen die «Südroute» für Migranten schliessen. – Seite 5

Bergbahnen
Der Druck auf die Preise wird noch zunehmen

Alexander Bernhard, der neue Direktor des schweizerischen Seilbahnverbands, hofft, dass die Branche dank Digitalisierung und mehr Wintersportlern aus Asien die Erträge steigern kann. – Seite 9

Nationalrat
Forderung nach weniger Rechten für Mieter

Die Rechtskommission des Nationalrats berät heute Geschäfte, die das Mietrecht unkomplicieren könnten. Initiativen fordern, dass sich Mieter weniger gegen hohe Zinsen wehren können. – Seite 11

Gaswerkareal
EWB verhandelt mit Besetzern des Gaswerkareals

In der Nacht auf gestern hat ein Kollektiv die Wiese auf dem Gaswerkareal in der Stadt Bern in Beschlag genommen. Das weckt Erinnerungen an Zaffaraya in den 80er-Jahren. – Seite 21

Köniz
Der Gemeinderat will die Steuern erhöhen

Das Könizer Budget 2019 ist ausgeglichen, sofern das Parlament einer Steuererhöhung zustimmt. Das hingegen ist unklar. – Seite 21

Film
Er zeigte das Grauen ohne Schreckensbilder

Der französische Filmemacher Claude Lanzmann ist tot. Sein Lebenswerk war die Erinnerung an den Holocaust – etwa im Film «Shoah» von 1985. – Seite 27

Meinung & Analyse

«Wie kann er einen Sponsor wählen, der in Billiglohnländern produziert?»

Jean-Martin Büttner zur Kritik an Federers japanischem Ausstatter Uniqlo. – Seite 8

Service

Meinungen/Leserbriefe – 8
Börse – 10
Todesanzeigen/Danksagungen – 10/22
Knapprgamm – 20
Wetter – 23
Berliner Kultur – 26
Fernsehen & Radio – 31

Mit «Immobilienmarkt»
Seite 18

Eventhalle beim Guisanplatz stösst bei Rot-Grün auf Kritik

Kritiker wollen weniger Verkehr und den Schutz bestehender Grünflächen.

Simon Gstelger

Es ist ein Legislaturziel des Berner Gemeinderats: die Neugestaltung des Bernexpo-Geländes beim Guisanplatz. Für die detaillierte Planung des Areals ist eine Überbauungsordnung nötig. Bereits im Mitwirkungsverfahren zeigt sich nun: Das Projekt bedarf noch zahlreicher Anpassungen, soll es dereinst vom Berner Stimmvolk goutiert werden. Diesen Schluss zumindest lassen die Berichte zu, die im inzwischen abgeschlossenen Mitwirkungsverfahren eingegangen sind und die dem «Bund» vorliegen. Widerstand regt sich insbesondere aus den Reihen des Rot-Grün-Mitte-Bündnisses. Deutliche Worte findet

etwa Edith Siegenthaler, Co-Präsidentin der SP Stadt Bern. «Dem Quartier würde ein Klotz vor die Nase gestellt werden, wobei Partikularinteressen deutlich mehr Gewicht erhalten als die Anliegen der Quartierbewohner», sagt sie. Dieser «Klotz» ist der geplante Gebäudekomplex, bestehend aus einer Mehrzweck- und einer Kongresshalle. Sie sollen die in die Jahre gekommene Festhalle ersetzen und bis 2022 realisiert werden.

Das Problem: Aus Sicht nicht nur der SP, sondern auch des Grünen Bündnisses (GB) und der Quartierkommission Dialog Nordquartier nimmt die Überbauungsordnung zu wenig Rücksicht auf die Wohnbevölkerung im Umfeld des Expogeländes. So ist unter anderem vor-

gesehen, die Lindenallee im Bereich der bestehenden Festhalle aufzuheben. Da die Umgestaltung grössere Events ermöglichen soll, ist auch mit grösserem Personenaufkommen zu rechnen. Der Mehrverkehr sei dem Quartier nicht zuzumuten, sagen die Kritiker.

Die Kritik richtet sich auch an Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL), der das Projekt seit Beginn weg unterstützt. Ein Grabenkampf im RGM-Bündnis? Davon will niemand reden. Von Graffenried sagt, er habe mit Kritik gerechnet. Und betont, Bern müsse als Messestandort konkurrenzfähig bleiben mit anderen Städten. Diese würden ihre Messen stärker unterstützen als Bern. – Kommentar rechts, Bericht auf Seite 17

Kommentar
Bernhard Ott

Eine Eventhalle für alle statt für wenige

Für Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) ist die geplante Kongress- und Eventhalle beim Guisanplatz ein «wichtiger Meilenstein für Bern», wie er einst gegenüber dem «Bund» gesagt hatte. Für die Quartiersektion der SP ist die Beteiligung der öffentlichen Hand am Bau der Halle aber Ausdruck einer «fatalen Form von Wettbewerb» zwischen den Messeplätzen in der Schweiz. Die anderen Städte subventionierten ihren Messeplatz, und die Stadt Bern glaube, dabel mitziehen zu müssen. Dabei werde nicht beachtet, «ob das gesamtschweizerischen Massstab Sinn macht», hält die SP Bern-Nord fest. Diese grundlegende Kritik in einem sonst eher nüchternen Mitwirkungsbeitrag offenbart eine tiefer liegende Konfliktlinie innerhalb des Rot-Grün-Mitte-Bündnisses. Es ist der «klassische» Konflikt zwischen einer eher fundamentalistisch orientierten rot-grünen Basis und einem Gemeinderat, der nicht nur Quartierinteressen vertreten kann.

Dabei geht es letztlich um die Frage, wie sich die Stadt Bern innerhalb der Schweiz künftig positionieren soll. Soll sie zu einem ökologischen Reservat zwischen den Metropolregionen Zürich und Genfersee mutieren? Oder soll sie auch als Wirtschaftsstandort eine Zukunft haben? Die SP Nord befürchtet, dass in der Halle auch Generalversammlungen von Firmen stattfinden könnten, «die sicher kein Recht darauf haben, subventioniert zu werden». Zudem werde einer von zwei Besuchern mit dem Auto anreisen.

In solchen Sätzen offenbart sich eine Froschperspektive, die weit über den legitimen Schutz des Quartiers vor Mehrverkehr hinausgeht. Natürlich könnte eine solche Halle für Generalversammlungen von Firmen mit zum Teil automobilen Besuchern benutzt werden. Aber eine Eventhalle für 9000 Personen hat nun mal eine Ausstrahlung weit über Bern hinaus. Sie richtet sich nicht nur an ökologisch bewegte Stadtbewohner, sondern an ein breiteres Publikum, das mitunter auch Vertreter der Wirtschaft umfasst. Und die sollten doch auch in der Stadt Bern nicht als anrühlig gelten.

Ein formidabler Freak



Foto: Markus Dick

In der neuen Produktion des Landschaftstheaters Ballenberg spielt Hanspeter Müller-Drossa einen kauzigen Rückkehrer. Trotz starken Jungdarstellern kommt das Stück «Steibruch. Zrugg us Amerika» allerdings etwas verstaubt daher. (klb) – Seite 25

Schneider-Amann will EU-Deal persönlich aushandeln

Der Berner FDP-Bundesrat Johann Schneider-Amann steht im Jahr vor seinem Rücktritt vor der wohl schwierigsten Aufgabe seiner Amtszeit: Seine Kollegen haben ihn damit beauftragt, in Gesprächen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zu sondieren, ob bei den flankierenden Massnahmen doch noch Konzessionen an die EU möglich sind. Das Regime

zum Schutz der Schweizer Löhne ist das grösste Hindernis auf dem Weg zum Rahmenabkommen mit der EU. Schneider-Amann will die Gespräche zum grossen Teil persönlich führen. Für die Aufgabe sieht er sich gerüstet, da er vor Jahren als Präsident des Wirtschaftsverbands Swissmem fünf Mal einen Gesamtarbeitsvertrag ausgehandelt habe. (fal/hä) – Seite 7

Nur mit einem Pass ins Nationalteam?

Potenzielle Nationalspieler sollen auf eine Doppelbürgerschaft verzichten, wenn sie vom Schweizerischen Fussballverband gefördert werden wollen. Mit dieser Idee möchte SFV-Generalsekretär Alex Miescher verhindern, dass die Nachwuchsspieler später für andere Nationen spielen. «Die Vorfälle mit den Doppeldeklern haben gezeigt, dass es eine Problematik gibt», so Miescher. (bd) – Seite 16

Inselspital sucht Lösungen

Noch hat die Insel-Gruppe nicht bekannt gegeben, ob sie das Urteil im Fall Natalie Urwyler aus Bundesgericht weiterzieht. Im Urteil wurde die Kündigung gegen die Ärztin aufgehoben, weil von einer Rachekündigung auszugehen sei. Ein Bericht zeigt, dass solche Fälle, die einen Artikel des Gleichstellungsgesetzes betreffen, sonst meist umgekehrt verlaufen. (bw) – Seite 19

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 1111, Fax 031 385 1112, Internet: www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 1111, Fax 031 330 3686, Inserate: Tamedia Advertising, Dammweg 9,
Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 3310, Fax 031 330 3571, Mail: inserate@derbund.ch, Abonnemente: Tel. 0844 385 144 (Lokalität), Mail: abo@derbund.ch



Eine Frage der Gleichstellung

Im Fall der vom Berner Inselspital entlassenen Ärztin Natalie Urwyler geht das Gericht von einer Racheekündigung aus. Ein Bericht zeigt: Das ist ein seltener Fall.



Im Fall Urwyler muss das Inselspital nachgeben. Bild: Manu Friedrich

Noch hat die Insel-Gruppe nicht bekannt gegeben, ob sie das Urteil im Fall der entlassenen Ärztin Natalie Urwyler an das Bundesgericht weiterzieht. Sowohl das Regional- als auch das bernische Obergericht gaben der Ärztin recht: Die Insel-Gruppe muss die Kündigung aufheben. Die Grundlage für das Urteil bildet das Gleichstellungsgesetz. Dessen Artikel 10 schützt Angestellte, welche sich gegen Diskriminierung wehren: Reicht eine angestellte Person im Betrieb eine Diskriminierungsbeschwerde ein, darf ihr während einer gewissen Zeit nicht gekündigt werden. Genau dies hatte das Inselspital aber getan.

Es hatte im Juni 2014 die Kündigung ausgesprochen, obwohl Urwyler vier Monate vorher eine Beschwerde eingereicht hatte. Ihr Vorwurf: Diskriminierung des weiblichen Geschlechts und Verhinderung ihrer akademischen Karriere. Zuvor hatte das Spital der Ärztin, die Mutter geworden war, den Antrag um Pensenreduktion von 100 auf 80 Prozent sowie um Urlaub abgelehnt.

Bei einer Kündigung trotz hängiger Beschwerde ist gemäss Artikel 10 von einer Racheekündigung auszugehen. Die Insel-Gruppe hätte diese Annahme widerlegen und einen begründeten Anlass für die Entlassung vorlegen müssen, damit das Gericht diese akzeptiert hätte. Das ist ihr laut dem Gericht nicht gelungen. Das gestörte Vertrauensverhältnis, das die Insel-Gruppe geltend machte, hat gemäss dem Urteil schon viel früher bestanden und sei somit kein dringlicher Kündigungsgrund. Die Urteile zeigen, dass sich schon seit längerer Zeit Konflikte angestaut hatten.

Ein seltener Fall

Babette Sigg, Präsidentin der CVP-Frauen und Präsidentin des Konsumentenforums kf hat den Fall von Beginn an verfolgt: «Es freut mich sehr, dass das Obergericht das erste Urteil bestätigt hat und dass der Fall bekannt wurde.» Das werde Folgen haben, denn es zeige, dass es schwieriger werde für Unternehmen, wenn sie sich bezüglich Diskriminierung nicht korrekt verhielten.

Brigitte Walser 06.07.2018

Widerstand im Inselspital

Natalie Urwyler kann wieder am Inselspital arbeiten, falls das Urteil des Obergerichts rechtskräftig wird. Doch auch wenn der juristische Konflikt ausgetragen sein sollte: Der personelle bliebe bestehen. Die Ärztin stand im Konflikt mit der Klinikleitung. In Sorge um das Arbeitsklima sind aber auch Pflegende und weitere Ärzte.

In einem offenen Brief äussern sich chirurgische Chefärzte des Inselspitals: Nach dem Gerichtsurteil blieben wichtige Fragen offen. Etwa jene nach dem nötigen Vertrauensverhältnis für eine Zusammenarbeit. Oberste Priorität müsse sein, potenzielle Konflikte zu vermeiden und das Arbeitsklima nicht zu gefährden.

Auch in der Klinik für Anästhesiologie und Schmerztherapie (KAS) regte sich Widerstand gegen eine Rückkehr. Pflegemitarbeitende der KAS hatten ein Statement verfasst (der «Bund» berichtete) - eine Aktion, die Urwyler's Anwalt scharf kritisierte: Mitarbeitende würden instrumentalisiert, um gegen die Wiedereinstellung Stimmung zu machen. Damit verdrehe man die Rollen und mache Urwyler trotz klarem Gerichtsurteil zur Täterin. Bei der KAS heisst es, das Statement werde von einem grossen Teil jener Pflegemitarbeitenden unterstützt, die mit der Ärztin zusammengearbeitet hätten.

Gegenüber dem Team habe sich Urwyler oft ruppig gezeigt, man habe nicht den Eindruck erhalten, dass sie sich damals besonders für die Anliegen der Frauen eingesetzt habe. Wie in anderen Organisationen gebe es auch in der KAS Verbesserungsbedarf, und dass die Klinikleitung ausschliesslich aus Männern bestehe, werde von der Pflege als nicht optimal angesehen. Aber das Arbeitsklima sei gut und die KAS ein Ort, an dem man Rücksicht auf Schwangere nehme und an dem die Klinikleitung den Angestellten respektvoll begegne. Diese Aussagen nach aussen zu tragen, zumal man in den letzten Monaten oft darauf angesprochen worden sei, habe den Ausschlag für das Statement gegeben und nicht Abhängigkeit von der Klinikleitung.

Auch ein Teil der Ärzteschaft hatte in einem Schreiben deutlich gemacht, dass sie sich eine Rückkehr von Natalie Urwyler nur schwer vorstellen könne. Selbst wenn sich Urwyler öffentlich für mehr Mutterschutz und Gleichstellung stark macht, fühlen sich

Dass sich Rechtsfälle zum Thema Gleichstellung um Rachekündigungen drehen, ist allerdings selten. Das zeigt ein Forschungsbericht, den das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann vor einem Jahr herausgegeben hat. Die darin enthaltene Analyse von 190 kantonalen Gerichtsentscheiden nach dem Gleichstellungsgesetz zeigt: In 12 dieser Entscheide ging es um den Artikel 10. Und in 11 dieser 12 Fälle sei das Vorhandensein einer Rachekündigung verneint worden. So hätten zum Beispiel in fünf Fällen die Gerichte die Ansicht vertreten, die Kündigung beruhe auf einem begründeten Anlass. Die Analyse der Gleichstellungsfälle zeigt aber auch: Die Gesundheitsbranche ist besonders oft betroffen, und oft geht es um Klagen wegen Lohndiskriminierung.

Zum konkreten Fall im Inselspital nimmt die Ärzterverbindung FMH nicht Stellung. Für den Verband sei die Gleichstellung aber allgemein ein wichtiges Thema, sagt Yvonne Gilli vom FMH-Zentralvorstand. Gemäss Angaben der FMH liegt der Frauenanteil bei den Medizindiplomierten inzwischen bei über 60 Prozent. Die Verantwortungsträger in den Spitälern seien aber weiterhin meist männlich. Laut Gilli ist einerseits Sensibilisierung nötig und andererseits die Möglichkeit für ein besseres Nebeneinander von Beruf- und Familienleben.

Es stimme zwar, so Gilli, dass es während der Aus- und Weiterbildung wichtig sei, viel Erfahrung zu sammeln. Dafür müssten aber nicht möglichst viele Arbeitsstunden angehäuft werden, sondern es seien gezielte und strukturierte Ausbildungsprogramme nötig. Gilli berichtet von ihrer Erfahrung am Royal Free Hospital in London, wo schon in den 1980er-Jahren gezielt Frauen in Kaderpositionen gefördert und berücksichtigt worden seien. «Es geht, wenn man es will», so Gilli.

Verbesserungen wahrgenommen

Beim Verband schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte sind Gleichstellungsfragen unabhängig vom Fall Urwyler schon länger ein Thema, weil es immer mehr Ärztinnen gebe, teilt die Geschäftsstelle der Sektion Zürich auf Anfrage mit. Da Frauen langsam in Führungsfunktionen drängten und einen Kulturwandel herbeiführten, nehme man auch Verbesserungen wahr. Und weil mit zunehmendem Ärztemangel nicht auf Ärztinnen mit Kindern verzichtet werden könne, bestehe mehr Verhandlungsspielraum. Handlungsbedarf gebe es aber etwa noch bei den langjährigen, immer wieder befristeten Anstellungen und beim Mutterschaftsschutz. (DerBund.ch/Newsnet)

Erstellt: 06.07.2018, 07:11 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein

offenbar nicht alle, die sich für die gleiche Sache engagieren, von ihr vertreten. Urwyler's Anwalt hingegen hielt fest, es gebe problemlos Lösungen, die ein gutes Arbeitsklima gewährleisten. Die Insel-Gruppe teilte nach Bekanntwerden des Urteils mit, man prüfe alle Optionen. (bw)

Artikel zum Thema

Obergericht gibt entlassener Ärztin recht



Gemäss dem Entscheid des Obergerichts kann die Ärztin Natalie Urwyler wieder am Inselspital arbeiten. [Mehr...](#)

Von Brigitte Walser 04.07.2018

Insel-Kollegen stellen sich gegen streitbare Ärztin

In einem Schreiben wehren sich Angestellte des Inselspitals vorsorglich gegen eine allfällige Rückkehr der entlassenen Ärztin Natalie Urwyler. [Mehr...](#)

ABO+ Von Brigitte Walser 29.06.2018

Inselgruppe muss entlassene Ärztin wieder einstellen

Narkoseärztin Natalie Urwyler wurde 2014 von der Inselgruppe entlassen. Zu Unrecht, urteilt das Berner Regionalgericht. [Mehr...](#)

Von Sophie Reinhardt, Martin Erdmann 08.11.2017